

Barrikade und Paulskirche. Die Revolution 1848/49 in der liberalen Erinnerungskultur

Den Liberalen, klagte Friedrich Naumann zum 60. Jahrestag der Revolution, 1908, scheine es „beinahe unangenehm“ zu sein, „sich der Heldentage ihrer eigenen Bewegung zu erinnern [...] jene Kämpfe in Berlin, Frankfurt, Leipzig, Dresden und Wien“. Die „Gedanken von 1848“ hätten nur „einen halben Sieg erfochten“, der Kampf sei deshalb auch heute noch nicht vorbei. Vom Bauernkrieg abgesehen, sei die Revolution die „stärkste politische Bewegung“, die es je gegen die Regierenden in der deutschen Geschichte gegeben habe.¹

In diesen Worten zum Revolutionsgedenken deutete Naumann auf den grundlegenden Konflikt, der das Geschehen 1848/49 – und damit auch den späteren erinnerungskulturellen Umgang der Liberalen – prägte: einerseits die Auflehnung gegen die alte Obrigkeit und andererseits das Ziel, eine neue freiheitliche Ordnung zu schaffen. Wer die mit Gewalt, Straßenprotest und Barrikadenkämpfen, dem Aufstand gegen eine bestehende Ordnung verbundene Märzrevolution feierte, wertete in der Rückschau die Diskussionen und Ergebnisse der Frankfurter Nationalversammlung als enttäuschend, als Versagen ab. Wer hingegen das Parlament, das Ringen in der Paulskirche als schöpferische Arbeit an der deutschen Einheit und Freiheit würdigte, betrachtete die „blutigen Märzaufstände gegen die Monarchie als Irrweg“, als Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung der Reformen und Verfassungsanstrengungen.²

- 1 Friedrich Naumann: 1848/1908. In: Ders.: Werke. Hrsg. von Theodor Schieder. Bd. 5: Schriften zur Tagespolitik, bearb. von Alfred Milatz. Köln/Opladen 1964, S. 398–402, hier S. 400 f. Dass Bismarck die Paulskirchenverfassung in wichtigen Punkten revidiert habe, begründe die „Schwierigkeiten, unter denen wir heute leiden“ (ebd.).
- 2 Wolfram Siemann: Der Streit der Erben – deutsche Revolutionserinnerungen. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen. München 2000, S. 123–154, hier S. 133. Aus der fast uferlosen Literatur zur Erinnerungskultur an 1848 vgl. Günter Wollstein: Gedenken an 1848. Tradition im Wandel der Zeit. In: Bernd Rill (Hrsg.): 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland. München 1998, S. 311–345; mit Fokus auf den deutschen Südwesten Michael Wettengel: Erinnern an die Revolution von 1848/49. In: Bernd Braun/Frank Engehausen/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): Demokratie erinnern. Historisch-politische Identitätsbildung im deutschen Südwesten. Stuttgart 2023, S. 39–82; mit ausführlicher Schilderung der

Nun gab es bei den Liberalen kaum jemanden, der die *Barrikade* der parlamentarischen Arbeit in der *Paulskirche* vorgezogen hätte; der Deutungsstreit bezog sich vor allem auf die Frage, inwieweit das eine ohne das andere zu haben war: Bedeutete der Rekurs auf die Paulskirche die Inkaufnahme gewalttätigen Kampfes? Oder ließ sich an den parlamentarischen Weg losgelöst von revolutionärer Aktion und dem damit verbundenen Blutvergießen erinnern? In welche Richtung man auch tendierte, 1848/49 war in jedem Fall ein „schwieriges Erbe“³.

Wie loteten die Liberalen, das ist die leitende Frage dieses Beitrags, das im Verlauf des revolutionären Geschehens zutage getretene Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Aktions- und Protestformen – auf der Straße, im Parlament, auf den verschiedenen politischen und sozialen Ebenen – im späteren Gedenken aus? Welche Rolle spielte „1848“ im liberalen Selbstverständnis – für die eigene Identitätsbildung, aber auch für die Abgrenzung zu anderen politischen Bewegungen? Ohne Zweifel haben sich die Liberalen jeglicher *Couleur* immer wieder mit den Folgen von 1848 auseinandergesetzt; es ließ sich schließlich auch nicht ignorieren, einer der politischen Hauptakteure dieser Jahre gewesen zu sein. Aber nutzten sie dies als eine geschichtspolitische Waffe zum „Griff nach der Deutungsmacht“⁴?

Der folgende Überblick zur Rolle der 48er Erinnerung im Deutungskampf der Liberalen orientiert sich weitgehend an den Jahrestagen der Revolution: Sie boten Anlass, sich der Erinnerung zu stellen, Deutungen zu entwickeln, Kontroversen auszutragen. Damit steht nicht infrage, dass die Erinnerung an die Revolution bzw. ihre Facetten nicht auch jenseits der „runden“ Jubiläen fortlaufend die politische Vorstellungswelt der Liberalen prägen konnte, ihre Imagination der Entwicklung und Projektion von Zukunft beeinflusste und damit ihr Selbstbild nicht unwesentlich bestimmte. Doch boten die Jahrestage Anlass, sich der eigenen Verortung explizit Rechenschaft abzulegen, sie in direkter Konfrontation mit anderen

Jahrestagfeiern in Berlin und Frankfurt a. M. Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*. Göttingen 2007; mit speziellem Blick auf das Totengedenken Manfred Hettling: *Erlebnisraum und Ritual. Die Geschichte des 18. März 1848 im Jahrhundert bis 1948*. In: *Historische Anthropologie* 5 (1997), 1, S. 417–434.

3 So für das 19. Jahrhundert treffend Bettina Effner: *Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit*. In: Heinrich A. Winkler (Hrsg.): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Göttingen 2004, S. 41–66.

4 Winkler: *Griff nach der Deutungsmacht* (wie Anm. 3).

Gesellschaftsbildern zu pointieren und mit dem kollektiven Gedächtnis einen liberalen Erinnerungsort zu entwickeln.

Es geht also um rund 175 Jahre, die hier knapp resümiert werden: Anfangs betreffen die Erinnerungspraktiken noch unmittelbar die ehemaligen Akteure in den Vereinen, entstehenden Parteien und der Presse. Der Blick richtet sich auf die von der Erlebnisgeneration geprägten nachrevolutionären Jahre, die Neue Ära und das Kaiserreich (I). Mit der erneuten Revolution 1918 und dem Aufbruch in die Weimarer Republik änderten sich die Rahmenbedingungen für die 1848er-Erinnerung grundlegend (II), in noch schärferer Weise gilt dies für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die dadurch kontrastierende Erinnerung im geteilten Deutschland (III). In einem letzten Schritt stellt sich für die Zeit nach der Friedlichen Revolution und die 1990 erfolgte (Wieder-)Vereinigung die Frage, inwieweit die nun abermals grundlegend veränderte Situation das liberale Erinnern beeinflusst hat (IV).

1. Revolutionserinnerung im Nachmärz und Kaiserreich

Als der Ex-Revolutionär und Wahllamerikaner Friedrich Hecker im Frühsommer 1873 zum 25. Jubiläum der Revolution erneut Deutschland bereiste, schlugen seine Auftritte in der liberalen Öffentlichkeit hohe Wellen. Es erboste die Nationalliberalen, dass der 48er-Veteran in seinen Reden und Beiträgen den frisch errungenen Nationalstaat für unverändert kritikwürdig hielt: Hatten sie nicht in Anpassung an die „augenblicklichen Bedürfnisse des Vaterlandes“ Großes geleistet, während Hecker die Fortschritte der Zeit verkannte und überlebte Ideale konservierte? Dieser wiederum mokierte sich darüber, dass man immer „nur loben, loben, loben, nur fortgeschrittensten Fortschritt finden“ solle. Dabei könne er „stetigen freiheitlichen Weiterbau auf dem 1846, 1847, 1848 bereits Errungenen“ nicht erkennen.⁵ Dieses Verdikt nahmen die entschiedenen Liberalen im Südwesten mit großer Erleichterung auf, wussten sie doch nun, dass sich ihr einstiger Mitstreiter keineswegs mit dem durch „Blut und Eisen“ Geschaffenen zufriedengeben und auf den Kampf für Recht und Freiheit verzichten würde. Im Streit über Heckers Auftreten und die kontroverse Erinnerung an 1848 ging es um die aktuelle Positionierung der Liberalen zur Nationalstaatsgründung. Die geschichtspolitische Indienstnahme des

5 Weser-Zeitung vom 10. u. 11.7.1873, zit. nach Effner: Das schwierige Erbe (wie Anm. 3), S. 41.

Revolutionsgedenkens diene der parteipolitischen Identitätsbildung bei den Nationalliberalen wie auch bei den Freisinnigen.

Die Erinnerung an das Geschehen war im Jahrzehnt nach der Revolution an vielen damaligen Aktionsorten, vor allem im Südwesten, trotz der politischen Repression lebendig geblieben. Viele Jahre war öffentliches Gedenken untersagt und bestenfalls heimlich möglich – zum Beispiel mittels so genannter „Heckerfeuer“ am Namenstag des 48er-Radikalen.⁶ Selbst eine Würdigung der Märzgefallenen an den Gräbern im Berliner Friedrichshain stand unter behördlicher Beobachtung, die mit Botschaften versehenen Kranzschleifen wurden gegebenenfalls polizeilich entfernt.⁷ Erst mit Beginn der Neuen Ära 1859 begann sich die staatliche Aufsicht – selbst in Preußen – ein wenig zu lockern. Auf kommunalpolitischer Ebene kehrten etliche 48er-Akteure in das politische Leben zurück, und die Phase erneuter Diskussion um die Nationalstaatsbildung belebte die Forderungen nach verfassungsmäßiger Partizipation sowie parlamentarischer Legitimation. Seit 1862 berief sich der Deutsche Nationalverein auf die Frankfurter Reichsverfassung, das „Bekenntnis zum Verfassungswerk der Paulskirche“ diene als politisches Programm und zugleich Kompromiss für Liberale und 48er-Demokraten.⁸

Nach der Reichsgründung 1871 änderten sich die Rahmenbedingungen des Gedenkens gründlich: Das eine Ziel aus liberaler Perspektive – die Erfüllung nationalstaatlicher Einheit – war zumindest äußerlich erreicht, aber nicht als Erfolg der liberalen Revolution. Entscheidende Fragen blieben ungeklärt: Dazu gehörten die Forderungen nach innerer Ausgestaltung der Nation entsprechend liberaler Leitsätze, die umfassende Parlamentarisierung und ein allgemeines Wahlrecht in Preußen, um nur einige Punkte zu nennen. In der Folge wurde die Erinnerung an 1848 zwar nicht verdrängt, aber doch unterschiedlich bewertet. Der Rekurs auf die revolutionären Jahre wurde im liberalen Milieu segmentiert, geschieden nach der Priorität von Einheit oder Freiheit und besonders auch nach regionaler Herkunft,

6 Stellvertretend für viele Orte Fredy Meyer: Vom Heckerhut zur Friedenslinde. Die liberale Bewegung zwischen Revolution und Erstem Weltkrieg in Stockach und Umgebung. In: Edwin Ernst Weber (Hrsg.): Renitenz und Genie. Meßkirch und der badische Seekreis zwischen 1848/49 und dem Kulturkampf. Konstanz 2003, S. 55–90; Wettengel: Erinnern (wie Anm. 2), S. 58 f.; Christoph Strupp: Erbe und Auftrag. Bürgerliche Revolutionserinnerung im Kaiserreich. In: Historische Zeitschrift 270 (2000), 2, S. 309–343, hier S. 309–317.

7 Dazu ausführlich Manfred Hettling: Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer. Frankfurt a. M. 1998.

8 Zur Neuen Ära und den Verfassungsbestrebungen des Deutschen Nationalvereins Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994, bes. S. 248–259, Zitat S. 248.

die je unterschiedliche Erfahrungsräume konstituierte, in Preußen anders als südlich des Mains, in badischen Gemeinden zumal, in Frankfurt am Main anders als in Berlin.

1873 gehörte das Geschehen von 1848/49 – wie die emotional aufgewühlten Reaktionen auf Heckers Besuch bestätigen – noch zum kollektiven Gedächtnis der Erlebnissgeneration. Die Erinnerung *an* und Auseinandersetzung *mit* 1848 barg enormes Konfliktpotential für Liberale. Opposition oder gar Widerstand, Mitregieren und realpolitischer Kompromiss – alles ließ sich mit Rekurs auf 1848 rechtfertigen und zugleich widerlegen. Ein positiver Bezug zur Paulskirche, dem ersten Zusammentreten der Nationalversammlung am 18. Mai, musste mit der begrenzten Umsetzung der Ergebnisse umgehen. Alternativ die Systemfrage zu stellen, wie es bereits die Sozialdemokraten machten,⁹ hätte die Liberalen in die Arme der Radikalen geworfen und in die Nähe der Barrikaden, dem Protest am 18. März, gerückt – für Liberale unzumutbar.

Und die entschiedenen Demokraten? Nicht wenige Liberale waren überzeugt, dass diese, nicht man selbst, den greifbaren Erfolg verspielt hatten. Doch hatte 1848 Möglichkeiten offenbart, Gedanken beflügelt, Liberale als zentrale Akteure gezeigt. Boten die „Ideen von 1848“ also noch ein Modell für die aktuelle Politik oder mussten sie für unzeitgemäß erklärt und historisiert werden? Die Ungewissheit und die unklare Deutung des zu Erinnernden erklärt zu einem Teil, warum sich die Liberalen im Kaiserreich zwar kontinuierlich mit 1848 befassten, es ihnen aber schwerfiel, ein einheitliches Revolutionsverständnis zu entwickeln. Eine spezifische „März-Tradition“ auszuprägen, hätte zugleich eine differenzierte Stellungnahme zur Gründung des Reichs und zu dessen weiterer Ausgestaltung erfordert.

a) „1848“ im Nationalliberalismus

Eine öffentliche Würdigung der Revolutionsereignisse hielten die Nationalliberalen im Kaiserreich zu keinem Zeitpunkt für angemessen. Sie rangen mit dem ungeliebten Gedenken, positionierten sich aber zu bestimmten einzelnen Revolutionsdaten und -ereignissen. So fühlten sie sich im 25. Jubiläumsjahr 1873 zur Stellungnahme herausgefordert: Kaum eine den

⁹ Zum Revolutionsgedenken in der Sozialdemokratie siehe ausführlich Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 2), S. 49–71, 89–93.

Nationalliberalen gewogene Zeitung, die nicht die mit 1848 verbundenen Ziele diskutierte, was nicht selten im – angesichts der Intensität der Befassung – bemerkenswerten Resümee kulminierte: „Wir wüßten in der Tat nicht, was an diesem Tage für irgend eine Partei zu feiern wäre.“ Der 18. März 1848, der Tag der Barrikadenkämpfe, trage vielmehr den „Charakter des Bürgerkrieges“.¹⁰ Überdies habe die Nation das eine, die Einheit, bereits errungen, und auch das andere Ziel, Freiheit und Bürgerrechte, würde nun in „gesetzlicher Arbeit“ erreicht. Aus derartigen Einschätzungen sprach zwar keine Zufriedenheit, aber eine Akzeptanz der realen Gegebenheiten, ein Sich-Abfinden mit dem Erreichten; die Bewertung erfolgte auch vor dem Hintergrund der positiven Gewichtung der Reichseinigungszeit von 1866/71.¹¹ Die Revolutionserinnerung bildete für die Nationalliberalen keine zentrale Quelle eigener Identitätsbildung, zumal sie sich in den 1870er Jahren keineswegs als Verlierer sahen, sondern – nicht ganz zu Unrecht – als mitgestaltende Kraft. Es benötigte also keinen inneren Schwur zur Stärkung des Selbstbildes und Zusammenhalts im Milieu. Dies änderte sich erst nach der innenpolitischen Wende Bismarcks am Ende des Jahrzehnts.¹²

Auch einige Jahrzehnte später, beim 50. Jahrestag 1898, hatte sich die nationalliberale Erinnerung an die Revolution in ihrer geschichtspolitischen Deutung nicht grundsätzlich geändert. Mit dem Rückzug der parlamentarischen Veteranen aus der Politik und dem allmählichen Abtreten der Erlebnisgeneration schwand allerdings die emotionale Heftigkeit, die zuvor die Auseinandersetzung mit der Revolution geprägt hatte. Die explizite Fokussierung (und Aufspaltung) der revolutionären Vorgänge auf den 18. März bzw. 18. Mai erleichterte mit der Ablehnung des einen – der Märztradition von Gewalt, Barrikaden, Aufständen, überhaupt dem lautstarken radikalen Protest gegen die alte Ordnung – die Akzeptanz des anderen, der „Paulskirche“: Im gesicherten Nationalstaat am Ende des Jahrhunderts näherte man sich sogar mit gewissem Stolz dem Frankfurter Verfassungswerk. Nicht

10 Spenersche Zeitung vom 18.3.1873, zit. nach Effner: Das schwierige Erbe (wie Anm. 3), S. 43; danach auch das Folgende.

11 Entgegen der zentralen These von Franzjörg Baumgart: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1976, bedeutete dies jedoch keineswegs, dass die Erfahrungen der Revolutionszeit „verdrängt“ wurden. Vielmehr ging es den Nationalliberalen um die Aufschlüsselung des Revolutionsgeschehens in die unterschiedlichen Aktionsebenen von 1848/49.

12 Vgl. Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866–1880). Frankfurt a. M. 2000; Wolther von Kieseritzky: „Schneller verwirklicht, als selbst wir gehofft hatten“. Der innere Ausbau des Nationalstaats. Zu den Möglichkeiten liberaler Politik im Kaiserreich. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 34 (2022), S. 43–59.

aber – wie bei den Linksliberalen – als eindringliche Mahnung angesichts unzureichend erfüllter Parlamentarisierung, sondern als Chance, die damalige liberale Arbeit mit den eigenen Leistungen der Reichsgründungszeit und den Verdiensten des früheren Reichskanzlers Otto von Bismarck würdigen zu können: Die 1848 gehegten Erwartungen seien nun erfüllt, meinte 1897 Hans Blum, der Sohn des 1848 in Wien ermordeten Robert Blum, in seiner umfänglichen Revolutionsbiographie.¹³

Neben die bisherige Fokussierung der Nationalliberalen auf die durch Bismarck bewirkte Reichsgründung trat nun gleichberechtigt die Arbeit der gemäßigten Liberalen in der Paulskirche als Grundlage für das Zustandekommen des späteren Nationalstaats. Kein Zufall, denn in den 1890er Jahren war die Position der Nationalliberalen im Reich zunehmend prekärer geworden, gerieten sie doch zwischen einem neuen alldeutschen Nationalismus, einer wachsenden Zahl wirtschaftlicher Interessengruppen und den schwer zu durchdringenden Milieus des politischen Katholizismus sowie der Arbeiterbewegung unter Druck. Gegen den Versuch der konservativen und antisemitischen Kräfte, den Begriff des Nationalen für sich zu kapern, suchten die Nationalliberalen die Neujustierung des 48er-Programms zu setzen: „Also die Einheit“, so der langjährige Parteivorsitzende Rudolf von Bennigsen, „war für uns das Wesentlichste, die Freiheit, so bedeutend und wichtig sie war, kam erst in zweiter Linie.“¹⁴

Diese – geschichtspolitisch gesehen – pragmatische Revolutionserinnerung charakterisierte Bennigsen, der seit Ende der 1850er Jahre auch Mitgründer und zentraler Akteur des Deutschen Nationalvereins gewesen war. In der von August Bebel am 18. März 1898 angestoßenen Reichstagsdebatte zur Märzrevolution – Themen der Sitzung waren eigentlich die Militärstraßengerichtsordnung und die Rolle des Offiziers in der Gesellschaft – erzürnte sich Bennigsen über den Vorwurf des Sozialdemokraten, die Liberalen hätten sich von der Revolution abgekehrt: Tatsächlich, so Bennigsen in seiner Widerrede, seien die Märztage 1848 und die Gewalt auf den Straßen „in dem damaligen großen Übergang“ zum Reich nur eine „sehr peinliche Episode“ gewesen; nicht die Kämpfe in Berlin seien entscheidend gewesen, sondern „die große nationale Bewegung, die damals

13 Hans Blum: Die deutsche Revolution 1848–49. Eine Jubiläumsgabe für das deutsche Volk. Florenz/Leipzig 1897. Vgl. Baumgart: Die verdrängte Revolution (wie Anm. 11), S. 122–124. Blum war im Norddeutschen Reichstag nationalliberaler Abgeordneter gewesen.

14 Rede Bennigsens anlässlich seines 70. Geburtstages 1894, zit. nach Adolf Kiepert: Rudolf von Bennigsen. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers. Hannover/Berlin 1903, S. 177. Zu Bennigsen s. den Beitrag von Jürgen Frölich in diesem Band.

die Gemüther des ganzen deutschen Volks“ ergriffen habe.¹⁵ Bennigsen etablierte parlamentsöffentlich durch die Scheidung von *Barrikade* und *Paulskirche* eine erinnerungskulturelle Präzisierung, die spätestens seitdem zum festen Inventar liberaler Geschichtspolitik gehört. „Die Erinnerung für uns, auf die wir weiter fortgebaut hatten, war das Parlament in Frankfurt, welches, zusammengesetzt aus den besten Kräften der ganzen Nation, den ersten, ernsthaften Versuch gemacht hat, die Umgestaltung von Deutschland herbeizuführen.“¹⁶ Mit der Abgrenzung gegenüber der Gewalt und der aus dieser Sicht missbräuchlichen Berufung auf den Volkswillen der Märztage ging das Bekenntnis zur Einheit und Verfassung einher – Ziele, welche die Nationalliberalen für im Wesentlichen erreicht hielten. Letzteres war die entscheidende Differenz zur linksliberalen Überzeugung, auch wenn sich zu dieser Zeit ein gewisser Konsens anzudeuten schien. Für den Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei August Munckel bildete der 18. März einen „Tag der Trauer [...], denn es war ein Tag des Blutvergießens“, an den er aber mit „einem Gefühl der Erhebung“ erinnere, denn sonst gebe es weder Reich noch Reichstag: Damals sei „für eine große und gute Idee“ gestritten worden – allerdings mit falschen Mitteln.¹⁷

Die Erinnerung an 1848 bildete inzwischen einen konstitutiven Bestandteil nationalliberaler Traditionspflege und galt als ein notwendiges Präludium der Reichsentwicklung, wie es die liberal-konservativen Preußischen Jahrbücher schon 1873 vorgeschlagen hatten: „Sie [die Revolution] hatte ein Samenkorn in die deutsche Erde geworfen, welches durch das Blut der Schlachtfelder erfrischt und erkräftigt, zum Heile Deutschlands aufkeimte und erblühte.“¹⁸ 25 Jahre später hatte diese Behauptung einer organischen Entwicklung mindestens für den Nationalliberalismus Deutungsmacht gewonnen.

Ausdruck davon war das wachsende Bedürfnis nach Darstellungen, die den eigenen Blick auf die Geschehnisse legitimierten und stärkten. So verteidigte etwa Karl Biedermann, der in der Nationalversammlung zur liberalen Fraktion des Württemberger bzw. Augsburger Hofes gehört hatte,

15 Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Reichstagsprotokolle, 9. Leg. Per., 64. Sitzung, 18.3.1898, S. 1583 (Bebel), S. 1606 f. (Bennigsen), online <https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k9_bsb00002772_00823.html> (16.6.2024). Vgl. Kiepert: Bennigsen (wie Anm. 14), S. 216 f., ausführlich Jürgen Frölich: „Die Arbeit von 1848 wieder aufnehmen.“ Rudolf von Bennigsen und der deutsche Liberalismus. In: Springer Jahrbuch 2017 für die Stadt und den Altkreis Springe, S. 97–112.

16 Verhandlungen (wie Anm. 15), S. 1606 (Bennigsen).

17 Ebd., S. 1595. Munckel war zugleich Stadtverordnetenvorsteher in Charlottenburg.

18 Preußische Jahrbücher 32 (1873). 3, S. 332, zit. nach Effner: Das schwierige Erbe (wie Anm. 3), S. 47.

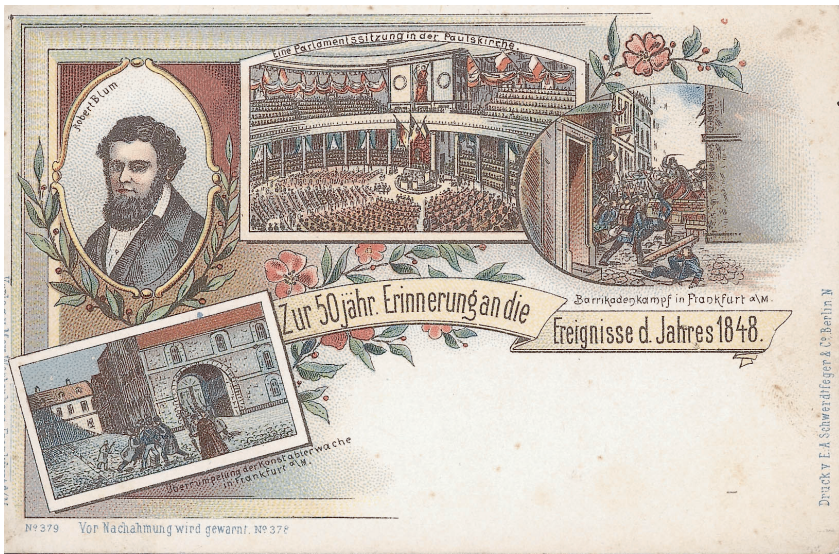


Abb. 1: Postkarte zum 50. Jahrestag der „Ereignisse des Jahres 1848“ in Frankfurt a. M., 1898: Gezeigt werden Robert Blum, Paulskirche, Barrikadenkampf, „Überrumpelung der Konstablerwache“ (ADL, Grafiksammlung Baechle, GB-37)

1898 die versöhnliche Deutung: Die Märzbewegung sei keine Revolution gewesen, sie habe keineswegs die ganze Ordnung stürzen wollen und ihre Mittel seien „bittweise, wenn auch bisweilen in etwas stürmischer Form“, gewesen. Der Erfolg sei in der einzig möglichen Form des „monarchisch-constitutionellen Bundesstaates unter dem starken Szepter der Hohenzollern“ eingetreten.¹⁹ Ähnlich vorsichtig die Zäsuren von 1848 und 1871 integrierend versicherte der Historiker und sächsische Nationalliberale Erich Brandenburg, „die Bewegung von 1848“ habe zwar „keine größeren dauernden Wirkungen“ gehabt. Doch seien mit ihr die „Volksmassen“ in die Politik eingetreten, und „auf allen Gebieten hat die Arbeit der späteren Zeit an das wieder angeknüpft, was die Männer von 1848 gewollt und getan haben“. Mithin werde die Revolution „stets neben der Geschichte der Reichsgründung ihren Wert und ihre Bedeutung behalten“.²⁰ Vier Jahre

19 Karl Biedermann: Das erste deutsche Parlament. Zu dessen fünfzigjährigem Jubiläum. Breslau 1898, S. 20 u. 108.

20 Erich Brandenburg: Die deutsche Revolution 1848. Leipzig 1912, Zitate S. 101 u. 129. Vgl. auch Cathrin Friedrich: Erich Brandenburg. Historiker zwischen Wissenschaft und Politik. Leipzig 1998, bes. S. 245–254.

später, während des Ersten Weltkriegs, betonte Brandenburg die liberale Leistung noch dezidierter: „Alles was er [Bismarck] getan hat, war bereits lange vorher gedacht und als notwendig erkannt worden. Es dürfte schwer sein, irgendeinen Gedanken in Bismarcks geistiger Werkstatt zu entdecken, der nicht aus dem großen Ideenvorrat des Jahres 1848 stammte.“²¹

b) Revolutionsgedenken in der linksliberalen Politik

Für die Linksliberalen stellte sich nach der Reichsgründung der Umgang mit der Erinnerung an 1848 – das deutete die Kontroverse um Heckers Auftritt 1873 an – deutlich komplizierter dar. Die als defizitär empfundene, nur eingeschränkte Parlamentarisierung des neuen Nationalstaats ließ einen gleichmütigen Blick zurück auf die Revolution trotz aller bestehenden Befriedigung über die geschaffene Einheit nicht zu. Zugleich scheute man, aufgrund zu vehementer prinzipieller Kritik am politischen System in die Nähe der Sozialdemokraten gerückt zu werden, und arbeitete aus der Opposition heraus konstruktiv an der inneren Ausgestaltung des Reichs in den 1870er Jahren mit.²² Lediglich in der im Süden beheimateten, stärker demokratisch orientierten Deutschen Volkspartei bildete die Revolution eine identitätsstiftende historische Zäsur, die zum weiteren politischen Kampf mahnte.²³ Hingegen wichen die Linksliberalen, vor allem in Preußen, im Jubiläumsjahr 1873 zunächst auf ein anderes, in seiner vorbildhaften Kraft unstrittiges Gedenken aus – der Erinnerung an den 1870 verstorbenen, äußerst populären Benedikt Waldeck. Waldeck, ein entschiedener Liberaler in der Preußischen Nationalversammlung 1848, war einer der maßgeblichen Mitgestalter des Verfassungsentwurfs (der später so genannten Charta Waldeck) gewesen und hatte an der unbedingten Priorität der *Freiheit* vor der *Einheit* festgehalten. So sammelten die Liberalen in der Deutschen Fortschrittspartei Spenden für ein Waldeck-Denkmal in Berlin und organisierten zahlreiche Erinnerungsfeiern.²⁴

Über das eigentliche Revolutionsgedenken waren sich die Fortschrittliberalen dagegen uneinig: Zwar gab es 1873 örtlich viele kleinere Veranstal-

21 Erich Brandenburg: Die deutsche Reichsgründung. Bd. 2. Leipzig 1916, S. 421, hier zit. nach Baumgart: Die verdrängte Revolution (wie Anm. 11), S. 127.

22 Vgl. Kieseritzky: „Schneller verwirklicht, als selbst wir gehofft hatten“ (wie Anm. 12).

23 Hierzu am Beispiel der Frankfurter Feiern Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 2), S. 93–102, 200–215.

24 Die Realisierung des Denkmals mit Zustimmung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gelang allerdings erst 1890, s. ebd., S. 81–84.

tungen, doch lehnte die Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus einen Antrag liberaler Vereine ab, eine *zentrale* Märzfeier auszurichten. Dafür waren weniger inhaltliche Differenzen ausschlaggebend als vielmehr taktische Überlegungen: Man stehe „jetzt in keinem prinzipiellen Gegensatze zur Staatsregierung, mit ihr gemeinsam habe ein wichtiger Kampf auf kirchlichem Gebiete begonnen, und eine Fraction der Legislative habe auch Rücksichten zu nehmen [...]“. Auch die Person des Kaisers falle in's Gewicht, welcher durch die Erinnerungsfeier nicht angenehm berührt werden könne.“²⁵ Der hier thematisierte Kulturkampf bedingte die Kooperation mit der Regierung, und so votierte selbst der auf diesem Feld besonders engagierte Rudolf Virchow, der 1848 noch mit der Pistole auf den Barrikaden gestanden hatte, gegen eine Märzfeier, um den „großen Culturkampf der Menschheit“ nicht zu gefährden.²⁶ Sicher spielte auch die Abgrenzung zu den zeitgleichen Gedenkritualen der Sozialdemokratie und ihrer Ehrung der Märzgefallenen eine Rolle. In der Berliner Tonhalle sprach der Mitgründer der Gewerkvereine Franz Duncker für viele Linksliberale, als er sich gegen eine „Verherrlichung“ der Revolution und die „Straßen-Demagogie“ wendete: „Wir feiern nicht [...] die Barrikadenschlacht, obwohl nicht zurückschreckend vor den den Gefallenen schuldigen Thränen der Wehmuth und Dankbarkeit. Wir feiern nicht [...] die Revolution, obwohl wir ihre Berechtigung anerkennen.“²⁷ Ein Deutungsspagat in konstruktiver Opposition also: Eine Partei könne in einer Feier nicht das „Prinzip der Revolution auf ihren Schild heben“, wenn sie gleichzeitig „politische Tätigkeit auf den Wegen des Gesetzes zu üben“ beabsichtige.²⁸ Reform ging vor Revolution. So ähnlich hatten es auch die Nationalliberalen gesehen.

In der Öffentlichkeit hielten die Fortschrittsliberalen an ihren Grundsätzen fest: Regelmäßig wurden in der Presse, bei Wahlen und Versammlungen Forderungen nach Grundrechten, Ministerverantwortlichkeit und weiterer Parlamentarisierung mit Verweis auf das „unerfüllte 1848“ bekräftigt.²⁹ Der Rekurs auf 1848 sollte klarstellen, dass man sich nicht mit dem

25 Debatte über die Feier von 1848 in der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, in: Vossische Zeitung vom 11.2.1873, zit. nach Effner: Das schwierige Erbe (wie Anm. 2), S. 50, zur linksliberalen Diskussion S. 50–56.

26 Zu Virchow s. Constantin Goshler: Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker. Köln u.a. 2002, S. 58–87, Wolther von Kieseritzky: Rudolf Virchow. Liberaler Fortschritt in Wissenschaft und Politik. Potsdam 2021, S. 8–22.

27 Franz Duncker, Rede in der Berliner Tonhalle, 18.3.1873, in: Berliner Volkszeitung vom 20.3.1873, zit. nach Effner: Das schwierige Erbe (wie Anm. 2), S. 48.

28 Siehe Anm. 25.

29 Beispielhaft der Wahlaufuf im Dezember 1873. In: Ludolf Parisius: Die Deutsche Fortschrittspartei 1861–1878. Berlin 1879, S. 37 f.

Status quo zufriedengab und die Gesellschaft als reformnotwendig betrachtete. Das Gedenken war somit nicht als Traditionspflege gedacht, sondern auf zukünftige Gestaltung hin orientiert. Im Verlauf des ersten Reichsjahrzehnts wich diese Zuversicht allerdings zunehmend der Befürchtung, der Fortschritt vollziehe sich eher im Schnecken Gang. Und nach der innenpolitischen Wende um 1878/79 fühlte sich der Publizist Hermann Baumgarten gar ins Jahr 1848 zurückversetzt, weil, wie er meinte, die gemäßigten Liberalen zwischen den Extremen zur Rechten und Linken zerrieben würden – nicht anders als damals.³⁰

Eine hellere Revolutionserinnerung, eine begrenzte Aufwertung des Gedenkens erfuhr 1848 erst nach dem Rücktritt Bismarcks 1890. In der politischen Konstellation Ende des Jahrhunderts wehrten sich auch die Linksliberalen gegen die konservative Inanspruchnahme der Nation: Die Idee der Einheit sollte als untrennbar mit liberalen Reformforderungen, mit dem Kampf für Freiheit und bürgerliche Rechte, verknüpft gelten. In das Revolutionsgedenken wurde nun auch bei den Linksliberalen die Reichsgründung 1871 positiv integriert und in eine „ununterbrochene Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Geschichte“ eingefügt.³¹ Doch nicht alle folgten diesem besänftigenden Konzept der Einhegung früherer Gegensätze: Bei der Frankfurter Gedenkfeier 1898 wurde mit einem emphatischen Bekenntnis zur Paulskirchenverfassung geradezu ein Gegenbild beschworen. Die Reichsverfassung von 1871 lehne sich zwar an diejenige von 1848 an, sie gleiche dieser aber lediglich „wie ein beschnittenes Geldstück einer vollwerthigen Münze gleicht. [...] Möge es uns gelingen, die Begeisterung für die hehren Freiheitsgüter im Volke wieder wachzurufen.“³²

Insgesamt bildete die Erinnerung an 1848 im Liberalismus einen „wiederkehrenden Bezugspunkt liberaler politischer Selbstdefinition im Kaiserreich in Abgrenzung oder positivem Rückgriff“.³³ Überwogen zuerst Distanz und Skepsis im Rekurs auf die Revolution, nationalliberal stärker als

30 Schreiben von Hermann Baumgarten an Heinrich von Sybel, 21.7.1880. In: Julius Heyderhoff/Paul Wentzcke (Hrsg.): *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung*, Bd. 2, Bonn/Leipzig 1926, S. 374.

31 So der Ansatz des linksliberalen Historikers und späteren Mitglieds der DDP Veit Valentin: *Frankfurt am Main und die Revolution von 1848/49*, Stuttgart/Berlin 1908, S. 479.

32 Rede von Leopold Sonnemann am 26.3.1898, *Frankfurter Zeitung* vom 27.3.1898, zit. nach Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 3), S. 203. Versuche zur „Wiederbelebung“ gab es einige: Zum Beispiel veröffentlichte der linksliberale Abgeordnete und Publizist Ludwig Quidde eine ganze Flut von Artikeln; auch wurde ein Wettbewerb für eine Geschichte der „Völkserhebung von 1848“ ausgeschrieben. S. hierzu Baumgart: *Die verdrängte Revolution* (wie Anm. 11), S. 146.

33 Effner: *Das schwierige Erbe* (wie Anm. 2), S. 65.

linksliberal, wurde 1848 allmählich als Teil der eigenen politischen Tradition anerkannt. Nach der Jahrhundertwende wurde schließlich die eingangs geschilderte Position Friedrich Naumanns charakteristisch, beides zusammenzudenken: die Kritik an der unzureichenden freiheitlichen Gestaltung in der Gegenwart und die gleichzeitige Würdigung liberaler Erfolge in der Revolution.

2. Liberale Revolutionserinnerung in der Weimarer Republik

Der politische Systemwechsel von der Monarchie zur Republik änderte die Rahmenbedingungen für das 1848er-Gedenken grundlegend: Mit den Verfassungsberatungen in der Nationalversammlung 1919 ließ sich direkt an die Diskussionen der Paulskirche 1848 anknüpfen, wozu es keiner besonderen erinnerungskulturellen Vermittlung bedurfte. Der Übergang zur liberalen Demokratie und die Mehrheitsverhältnisse im Weimarer Reichstag ermöglichten den Liberalen – zumindest den in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) organisierten – nun erstmals die Vollendung eines der Kernziele der 48er-Revolution, der unter dem Begriff der Freiheit gefassten parlamentarischen und rechtsstaatlichen Grundsätze. Zugleich ergriffen die Abgeordneten die Gelegenheit, in diesen Debatten auch die eigentlich abgeschlossene Einheitsfrage erneut aufzurollen: die – seitens des Versailler Vertrags untersagte – großdeutsche territoriale Einbeziehung Deutsch-Österreichs.

Anders als im Kaiserreich ging es nach 1918 bei der Erinnerung an 1848 für die Liberalen nicht mehr um das Bekenntnis für oder gegen die politische Umgestaltung. Die Pole hatten sich gleichsam umgekehrt, das Revolutionsgedenken hatte seine potentiell systemsprengende Funktion eingebüßt und diente eher der Verteidigung der neuen Republik und ihrer Farben Schwarz-Rot-Gold. Zudem hatte sich die politische Konstellation gründlich verändert: Die hauptsächlich staatstragenden Kräfte der Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und DDP entwickelten zu Grundrechten, Verfassung und Parlament einen Minimalkonsens, der parteiübergreifende Feiern von 1848 nicht nur erlaubte, sondern geradezu förderte.³⁴

34 Ein Beispiel von vielen für das die Gräben überwindende Gedenken an 1848 ist der linksliberale Martin Venedey, vgl. den Beitrag von Birgit Bublies-Godau in diesem Band.

Die liberale Messlatte für die Erinnerung an 1848 setzten am Anfang der Weimarer Republik Hugo Preuß und Theodor Heuss: Preuß in den Verfassungsberatungen,³⁵ Heuss mit einer eher knappen öffentlichen Mahnung im Januar 1919, die auf die Verantwortung und Selbstbestimmung der bürgerlichen Kräfte abhob:

„[W]ir müssen lernen, das Jahr 48 neu zu sehen und zu begreifen, daß es eines der größten Ereignisse der deutschen Staats- und Seelengeschichte ist, da das deutsche Volk, aus eigenem Recht, den Versuch machte, die Fürstenkläglichkeit des gelähmten Deutschen Bundes durch einen würdigen deutschen Nationalstaat zu überwinden. [...] Wenn wir heute staatsrechtlich neu denken sollen, so nehmen wir den Verfassungsentwurf des Jahres 49 aus der Schublade und buchstabieren dort weiter, wo unsere Großväter aufgehört haben.“³⁶

Heuss ging es hier allerdings nicht nur um die „guten Ideen“ von 1848, sondern mehr um die Sorge, dass die bisherige erinnerungskulturelle Tradition den jetzt benötigten liberalen Elan zur Gestaltung der politischen Verhältnisse ausbremsen könnte. Denn angesichts seiner zahlreichen Niederlagen prägte das Bürgertum inzwischen die „Angst vor dem Atem der Freiheit“, mithin dürfe sich die Vergangenheit nicht zur „Fessel des Werdenden“ entwickeln. Ziel des Rekurses auf 1848 müsse stattdessen der „Mut zur Freiheit“ werden. Auch für andere liberale Protagonisten der Weimarer Jahre spielte 1848 eine eher zurückhaltende Rolle als erinnerungskulturelles Leitbild für die Republik. Der Reichskanzler und langjährige Außenminister Gustav Stresemann etwa befasste sich kaum mit dem Gedenken an 1848, ihn beeindruckte sehr viel stärker die geschichtsmächtige Persönlichkeit Napoleon Bonapartes als die liberalen Akteure in der Paulskirche.³⁷

Größere Bedeutung erlangte erst der 75. Jahrestag der Revolution im Krisenjahr 1923. Die Berliner Feiern und Aufrufe der DDP zum 18. März fokussierten in traditioneller liberaler Praxis auf die Formel von „Einheit und Freiheit“. Mit dieser war nicht nur die Erinnerung an 1848 gemeint, sondern auch die aktuelle politische Lage intoniert: die französische Ruhr-

35 Vgl. dazu Ludwig Richter: Die Nachwirkungen der Frankfurter Verfassungsdebatten von 1848/49 auf die Beratungen der Nationalversammlung 1919 über die Weimarer Verfassung. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): 1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen. Berlin 1999, S. 441–466.

36 Theodor Heuss: Deutschlands Zukunft 1919 (Rede vor einer „Wahlerversammlung“ der Stuttgarter DDP am 17.1.1919), S. 6, dort auch die folgenden Zitate. Vgl. auch Tobias Hirschmüller: Der Liberale und die Vergangenheit. Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild. Berlin 2015; Gudrun Krup: Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss. In: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hrsg.): 1848 – Die Erfahrung der Freiheit. Heidelberg 1998, S. 189–208.

37 Gustav Stresemann: Napoleon und wir. Berlin 1917.

besetzung und der verwehrte Beitritt Österreichs zum Reichsgebiet. Das Revolutionsgedenken konkurrierte deshalb noch mit einem anders verorteten Freiheitsbegriff – demjenigen der Befreiungskriege von 1813. Beim Festakt der DDP im Berliner Rathaus spielte der „große Abwehrkampf“ im Ruhrgebiet eine zentrale Rolle: Der Pressebericht über die 1848er-Feier titelte mit einem Redezipitat des Innenministers Rudolf Oeser (DDP): „Die aufrichtigste Demokratie der Welt ringt gegen den lügnerischen Militarismus Frankreichs [...]“.“³⁸ Und wenig später fasste Willy Hellpach, 1925 Kandidat der DDP für das Amt des Reichspräsidenten, die Blickverschiebung ganz explizit: „Seien wir ehrlich: 1848 ist für uns nur sehr begrenzt lebendig. Es bedeutet uns weniger als die Wiedergeburtzeit mit den Befreiungskriegen.“³⁹

Anders als die Berliner Märzfeier gestaltete sich die zentrale Gedenkfeier zum 18. Mai in Frankfurt als eine Art Staatskompromiss. Sie folgte einem sorgsam zwischen den Regierungsparteien der Weimarer Koalition – unter Einschluss einiger Vertreter der Deutschen Volkspartei (DVP) – und den Reichsinstanzen ausgehandelten Ablauf. Dabei war sie kein offizieller Staatsakt, wurde aber durch die prominente Mitwirkung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) hervorgehoben.⁴⁰ Die Paulskirche wurde im Stil von 1848 dekoriert, Nachfahren der damaligen Abgeordneten bildeten gleichsam eine lebende Ahnengalerie und inhaltlich schlug Ebert – wie auch die Redner von liberaler Seite – den Bogen zur Frankfurter Nationalversammlung. Diese Revolutionsdeutung war politisch konsensfähig in einer breiten Weimarer Mitte, die von Gewalt, Protest und Bürgerkrieg genug hatte und stattdessen nach einer stabilen republikanischen Identität suchte.

Eine kontinuierliche Präsenz des 48er-Gedenkens über die Jahrestage hinaus findet sich bei den Weimarer Liberalen jedoch nur im Südwesten, sieht man von der Beteiligung an den engagierten reichsweiten Aktivitäten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, u.a. zur Würdigung der Märzgefallenen, ab.⁴¹ Auch der Nationalfeiertag der Weimarer Republik, der

38 Berliner Tageblatt vom 19.3.1923, zit. nach Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 2), S. 234.

39 Vossische Zeitung vom 18.5.1923, zit. nach Daniel Bussenius: *Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution 1918–1925*. In: Winkler: *Griff nach der Deutungsmacht* (wie Anm. 3), S. 90–114, hier 109.

40 Zur Feier s. ausführlich Klemm: *Erinnert* (wie Anm. 2), S. 245–310.

41 Vgl. dazu Sebastian Elsbach: *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik*. Stuttgart 2019, S. 122–124 u. 144. Der Jahrestag stand hier in gewisser Konkurrenz zum Gründungstag der Organisation am 22.2. und dem Weimarer Verfassungstag am 11.8.

Verfassungstag am 11. August, blieb – ohnehin schon von Republikgegnern angefeindet – weitgehend ohne Anbindung an das 1848er-Gedenken.

3. 1848 im Nachkriegsdeutschland

Die Nachkriegsgeschichte der 48er-Revolution begann mit einer gespaltenen Erinnerung. Die Auseinandersetzung betraf dabei weniger die generelle Bewertung der Revolution als ein positives Ereignis der deutschen Geschichte, sondern vielmehr die Frage, wer nun der „rechtmäßige“ Erbe der 48er-Ideale sei. Bei der Jahrhundertfeier der Revolution im März 1948 brach der Konflikt in aller Schärfe auf. In der Konkurrenz der beiden sich im Ost-West-Konflikt ankündigenden Staatsgründungen gab es neben der zivilgesellschaftlichen Erinnerung an die Revolution erstmals auch quasi-staatlich getragene Gedenkkonzepte. Die genau choreographierten geschichtspolitisch instruierten Feiern in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bildeten den Rahmen des am 18. März 1948 im Ostteil Berlins eröffneten 2. Volkskongresses (Motto: „Von der Paulskirche bis zum Volkskongress“) und dienten der ideellen Vorbereitung der DDR-Staatsgründung – ein unmissverständlicher Griff nach der Deutungsmacht.⁴² Die offizielle Darstellung der Revolution beschränkte sich auf die Kämpfe der Berliner Märztage, außen vor blieben Nationalversammlung und Paulskirche.⁴³

Die Liberaldemokraten in der SBZ unter ihrem Vorsitzenden Wilhelm Külz, die trotz Protesten westlicher Liberaler am Volkskongress teilnahmen, bemühten sich um einen eigenen liberalen Akzent. Sie propagierten nicht das offizielle Geschichtsbild der Vollendung der 48er-Revolution in der so genannten Volkskongressbewegung, sondern sahen durch die konträren Geschichtsdeutungen die Einheit der Nation nun auch noch ideell bedroht. Gegenüber den Märztagen versuchte man, die Verfassungsarbeit der Paulskirche zu verteidigen.⁴⁴ Diese Gratwanderung der Ost-Liberalen blieb ohne Resonanz – in Ost wie West.

42 Generell dazu Claudia Roth: Das trennende Erbe. Die Revolution von 1848 im deutsch-deutschen Erinnerungsstreit 100 Jahre danach. In: Winkler: Griff nach der Deutungsmacht (wie Anm. 1), S. 209–229. Im westlichen Berlin reagierte man mit einer parteiübergreifenden Kundgebung und setzte der östlichen Inanspruchnahme des Revolutionserbes das demonstrative Bekenntnis zu Freiheit und Antikommunismus entgegen.

43 Verfasst vom Direktor des Berliner Stadtarchivs Ernst Kaeber: Berlin 1848. Zur Hundertjahrfeier der Märzrevolution im Auftrage des Magistrats von Groß-Berlin. Berlin 1948.

44 Darauf ging Külz in seiner Rede auf dem Volkskongress ausdrücklich ein, s. Klemm: Erinnert (wie Anm. 2), S. 378 f.; vgl. auch Roth: Das trennende Erbe (wie Anm. 42), S. 218–220. „Der

Es gab noch einen anderen Versuch ostdeutscher Liberaler, sich dem verordneten Geschichtsbild zu entziehen. Der Rostocker Arno Esch und seine jungen Mecklenburger Mitstreiter gaben der 1848er-Erinnerung eine für die Liberalen neue Akzentuierung des Erbes jenseits des Spannungsfeldes von Barrikade und Paulskirche: als freiheitliche, soziale und europäische Revolution. Dies stand in Zusammenhang mit ihren Überlegungen für eine sozial-liberale Partei und die Reform der Liberaldemokratischen Partei (LDP). Die Opposition gegen die Dominanz der SED endete allerdings gewaltsam: Esch und weitere Liberale wurden kurz nach der DDR-Staatsgründung im Oktober 1949 verhaftet und wenig später in Moskau hingerichtet; nur einige wenige Oppositionelle konnten rechtzeitig in den Westen fliehen. Zu ihnen gehörte auch Karl-Hermann Flach, der einiges vom diskutierten und konzipierten Gedankengut in die nächsten Jahrzehnte der Bundesrepublik tragen sollte und Anfang der 1970er Jahre Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei (FDP) wurde.⁴⁵ Nach der endgültigen Etablierung des SED-Regimes und der Entwicklung der LDP zur Blockpartei blieb für eine eigenständige Revolutionserinnerung nur wenig Spielraum; einen gemeinsamen Nenner dürfte allenfalls der Rekurs auf Robert Blum gebildet haben, den die Liberaldemokraten als „deutschen Patrioten“ für sich reklamierten.⁴⁶

In den westlichen Besatzungszonen sorgte zunächst Theodor Heuss für die liberale 48er-Deutung.⁴⁷ Nach der gescheiterten ersten Demokratie und der Katastrophe des nationalsozialistischen Regimes ging es im Rückblick auf 1848 vor allem um die Aktivierung der freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Potentiale der Revolution, mithin vor allem um das parlamentarische Handeln der Paulskirche. Diesen Tenor vermittelte Heuss durch eine populär gefasste Abhandlung zum runden Jahrestag der Revolution unter dem knappen Titel „1848 – Werk und Erbe“.⁴⁸ Heuss gehörte

Weg zur Einheit führt über die Freiheit“, insistierte die liberaldemokratische Parteizeitung *Der Morgen* am 16.5.1948 tapfer (ebd., S. 219).

45 Zu Esch s. Natalja Jeske: Arno Esch. Eine Biografie. Schwerin 2021, S. 230–243. Ein Niederschlag dieser Ansätze findet sich auch in: „1848: ‚Patriotische Kulisse‘? Eine Antwort an Walter von Cube.“ 28.6.1948. In: Der Wegweiser. Politisches Echo unserer Generation. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft junger Liberaldemokraten. 2. Jg., Nr. 6, S. 9–11.

46 Günter Scheffler: Robert Blum – ein deutscher Patriot. In: Informationen des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands 13 (1959), Nr. 9, S. 13.

47 Hierzu und zur bundesdeutschen Erinnerung insbesondere Jürgen Frölich: Die Rezeption von 1848 im bundesdeutschen Nachkriegsliberalismus. Ms. 2023. Druck demnächst in: Birgit Bublies-Godau u.a. (Hrsg.): Die Modernität von 1848/49.

48 Theodor Heuss: 1848. Werk und Erbe. Stuttgart 1948. Zum 150. Jahrestag erschien eine Neuauflage unter dem Titel „1848. Die gescheiterte Revolution“ mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker (Stuttgart 1998).

damals als Vorsitzender der Liberalen in der amerikanischen Zone zum engsten Führungszirkel der sich neu organisierenden Liberalen. Es ging ihm um die Zielbestimmung der liberalen Revolutionserinnerung, wie er im Dezember 1948 auf dem Gründungsparteitag der FDP in Heppenheim vortrug:⁴⁹ „Unsere Vorfahren haben die Einheit gesucht, wir haben sie verloren und sind auf dem Wege, sie neu zu finden.“ Die Aufgabe, der sich die Liberalen 1848 gegenüberstehen, wiederhole sich nun hundert Jahre später „und der Wille zur demokratischen Selbstgestaltung der Nation [...] ist das Kernstück des Auftrags, der nun zu den Enkeln und Enkelöhnen gewandert ist.“⁵⁰ Noch etwas dezidierter formulierte Heuss diesen Ansatz, die Freiheitsbewegung 1848 zur Förderung eines neuen, demokratischen Nationalgefühls zu verankern, nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1949: Die Verfassung müsse „im Bewußtsein und der Freude des Volkes selber lebendig sein“ und ein „neues Nationalgefühl“ bilden – eine erste Konzeption eines Verfassungspatriotismus.⁵¹

Bekenntnisse zum 18. Mai als erinnerungswürdigem Tag gab es in der Folgezeit von Liberalen bei zahlreichen Gelegenheiten.⁵² Dagegen bildete eine Bezugnahme auf die kämpferischen Märztage allein schon wegen deren geschichtspolitischer Vereinnahmung durch die DDR keine Option. Der in der Revolution 1848 ebenfalls angelegte erbitterte Widerstand gegen die Obrigkeit und der Kampf für die Freiheit wurden stattdessen an die Frankfurter Paulskirche gebunden – in bewusster Abgrenzung zum 18. März. Besonders markant wurde diese Verknüpfung, wenn das bundesdeutsche Gedenken an den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 in die Paulskirche verlegt und so in den Kontext der Revolution gerückt wurde.⁵³ Bezogen auf das Revolutionsgeschehen 1848/49 hielten die Liberalen in den 1960er Jahren an der prinzipiellen Ablehnung jeglicher Gewalt fest. Der nicht eingeebte Radikalismus der Märztage trage am damaligen Scheitern der Liberalen die Hauptverantwortung, hieß es in einer weit verbreiteten Handreichung zur Geschichte des Liberalismus. Straßenkampf

49 Ausführlich zu Heppenheim als „Erinnerungsort“ der Liberalen Birgit Bublies-Godau: Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 79–106.

50 Heuss: 1848 (wie Anm. 48), S. 167.

51 Theodor Heuss: Ansprache am 12.9.1949. In: Ders.: Die großen Reden. München 1967, S. 105–112, Zitate S. 111 u. 109.

52 Für Beispiele s. Frölich: Rezeption 1848 (wie Anm. 47).

53 Beim zehnten Jahrestag am 17.6.1963 ging darauf der Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Erich Mende in seiner Rede in der Paulskirche unmittelbar ein. S. Erich Mende: Zur Deutschen Einheit. Bonn 1963, S. 6 f. Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), C1–2655.

und Volksaufstände seien eher Behinderung denn Katalysator von Fortschritt.⁵⁴

Wenige Jahre später brach diese klassische liberale Deutung auf: Dies mochte sowohl mit einer geschichtspolitischen Absicherung der neuen sozial-liberalen Koalition in den 1970er Jahren zu tun haben, als auch mit einer generationell beförderten politischen Tendenzwende. Das liberale Gedenken diversifizierte sich in zweifacher Hinsicht: Zum einen von oben nach unten – waren es zuvor offizielle Gedenkeiern, Staatsakte, Anlässe der Repräsentation, zu denen von der Partei- und Fraktionsführung aufgerufen wurde, kamen nun Impulse und Forderungen von der Basis, von kleinen Gruppen und Vereinen im Umfeld des politischen Liberalismus. Zum anderen öffnete sich die Revolutionserinnerung inhaltlich zum 18. März, zu Barrikadenkampf und anderen Widerstands- und Protestformen. Hier schlug sich ein anderes Grundverständnis von Demokratie und Partizipation nieder; Straßenprotest und der gewaltsame Freiheitskampf konnten positiv gesehen werden, ebenso wie republikanische Aktionen und Aufstände, mit denen das „Volk vor der Rückgratlosigkeit seiner parlamentarischen Vertreter“ geschützt worden sei.⁵⁵ Folgerichtig wurde aus dieser radikalliberalen Perspektive das bisherige Gedenken als eine einseitige, lediglich auf den Parlamentarismus zielende Erinnerung der Revolution kritisiert. In einer von der Friedrich-Naumann-Stiftung 1978 vertriebenen Wanderausstellung avancierte Friedrich Hecker – mal mit Gewehr, mal unbewaffnet⁵⁶ – zum Vorbild (Abb. 3, 4). Demzufolge startete die Geschichte der Demokratie mit den Bauernkriegen im 16. Jahrhundert, und 1848 wurde zu einem bisher unvollendeten Projekt mit offenem Ausgang, womit keineswegs die zur gleichen Zeit in Frage stehende Einheit, sondern die aus dieser Sicht noch nicht vollständig errungene Demokratie gemeint war. In dieser Deutung des 48er-Geschehens bildete die Koalition von SPD und FDP als historisches „Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum“ einen Meilenstein zur Vollendung der liberalen und demokratischen Ziele von

54 Friedrich Henning: Frühgeschichte des deutschen Liberalismus. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Geschichte des deutschen Liberalismus. Köln/Opladen 1966, S. 27–60. Henning war zu diesem Zeitpunkt Leiter des Archivs der Friedrich-Naumann-Stiftung, des heutigen Archivs des Liberalismus.

55 Theo Schiller: 1848 – Verdrängte Revolution. In: Die liberale Revolution 1848. Wanderausstellung / Broschüre der Deutschen Jungdemokraten. Köln 1975, S. 5. ADL, D01–2334.

56 Aufgrund der terroristischen Gewalttaten der Roten Armee Fraktion (RAF) wurde in manchen Ausstellungsorten auf dem Plakat „der Säbel wegetuschiert“, so Monika Faßbender: „... auf der Grundlage des Liberalismus tätig. Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung. Baden-Baden 2009, S. 156.

1848.⁵⁷ Diese Sichtweise war zwar bei den Liberalen nicht Konsens, aber auch keine Randerscheinung, zumal die geschichtspolitische Gewichtsverlagerung von der „Einheit“ zur „Freiheit“ Unterstützung von staatlicher Ebene erhalten hatte: Bundespräsident Gustav Heinemann, der mehrfach mit überlieferten Gedenktraditionen brach, setzte auch hinsichtlich der Revolution von 1848 neue Impulse: Nicht Parlament und Konstitution standen im Zentrum, sondern die Freiheitsbewegungen, in denen er einen „ungehobenen Schatz“ von den Bauernkriegen bis zu 1848 vermutete.⁵⁸

Mit dieser Entwicklung hatte sich die Traditionspflege von 1848 – bei aller liberalen Mannigfaltigkeit – nun deutlich verschoben. Doch die geschichtspolitischen Wegmarken blieben nicht konstant: Anfang der 1980er Jahre brach die FDP mit ihrem langjährigen Jugendverband, den Deutschen Jungdemokraten, womit sich der radikal-demokratische Impetus – im Terminus der Revolution von 1848: die Barrikade – abschwächte. Fortan ging es mehr darum, in der Krisensituation am Ende der sozial-liberalen Zeit und des Koalitionswechsels der FDP 1982 die Notwendigkeit eines freiheitlichen und eigenständigen Liberalismus zu beschwören. Die aktuelle Not der Partei wurde durch die Betonung eines regelmäßigen „Auf und Ab der Liberalen von 1848 bis heute“ relativiert.⁵⁹ Den Ausgangspunkt der so betitelten, auf breites Publikum zielenden liberalen Geschichte bildeten die Liberalen als Treiber der Revolution, wobei sowohl der Barrikadenkampf als auch die Verfassungsarbeit in der Nationalversammlung gewürdigt wurden. „Entscheidend“ seien „der Durchbruch zur Nation, der Beginn der Demokratisierung und Parlamentarisierung“ gewesen – der „erste gesamtdeutsche Erfolg des politischen Liberalismus“. Trotz „kräftigen Gegenwinds“ seien die Liberalen dementsprechend „unverzichtbar“ und hätten, so der Mitherausgeber und ehemalige Innenminister Gerhart Baum (FDP),

57 Dazu ausführlicher Wolther von Kieseritzky: „Mehr Freiheit für mehr Menschen.“ Friedrich Naumann und der bundesrepublikanische Sozialliberalismus. In: Jürgen Frölich/Ewald Grothe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021, S. 281–298. Vgl. auch die Hinweise zu Werner Maihofer bei Frölich: Rezeption 1848 (wie Anm. 47).

58 Hierzu Edgar Wolfrum: Die Revolution von 1848/49 im geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien von 1948/49 bis zur deutschen Einheit. In: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. München 1999, S. 299–316, hier S. 302–306. Die auf Initiative von Heinemann begründete „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt wurde 1974 eröffnet.

59 Gerhart Rudolf Baum/Peter Juling: Auf und Ab der Liberalen von 1848 bis heute. Gerlingen 1983.

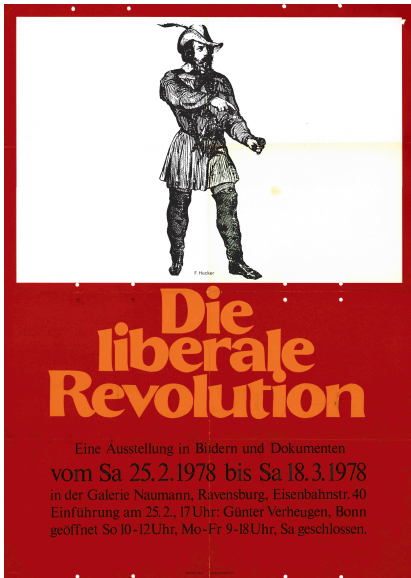


Abb. 2



Abb. 3

Abb. 2: Plakat für die Wanderausstellung „Die liberale Revolution“, Friedrich-Naumann-Stiftung, Deutsche Jungdemokraten, Liberale Hochschulgruppen, 1978. (ADL, P1–3102)

Abb. 3: Friedrich Hecker, aus: Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848.

„eine Vergangenheit, auf die sie stolz sein können. Ihre Leistungsbilanz“, so machten sich die Herausgeber Mut, sei „beeindruckend“.⁶⁰

4. Ausblick: Nach der Vereinigung 1989/90

Das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung 1989/90 bedeuteten zweifellos eine entscheidende Zäsur für das liberale Gedenken an 1848. Eine erfolgreiche und noch dazu friedliche Revolution wie 1989, gleichsam der 18. Mai in Verbindung mit einem 18. März ohne die blutigen Opfer, ohne Barrikaden, stattdessen mit anschließender parlamentarischer und öffentlicher Debatte über Staat und Verfassung – schien ein Ende der fast

⁶⁰ Zitate ebd., S. 26, 8, 11.

150-jährigen gespaltenen Erinnerung der Liberalen und Demokraten zu erlauben. Zwar waren die Liberalen nicht selbst Akteure dieser Revolution gewesen, auch wenn zeitweilig der Parteivorsitzende der LDP(D) und letzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Manfred Gerlach, einen Anteil daran reklamierte. Aber nun musste der Blick zurück nicht mehr von Widrigkeiten und verpassten Chancen geprägt sein.

Die deutsche Frage war gelöst (wenn auch in einem im 19. Jahrhundert nicht vorstellbaren Sinn), die Spaltung Europas überwunden – das Bekenntnis zur Revolution konnte erstmals ungeteilt geschehen. Der 18. März als „Tag der Demokratie“ war legitimiert durch die „friedliche Revolution“, die zwei für die Liberalen entscheidende Bedingungen erfüllte: erfolgreich und gewaltlos zugleich zu sein. Frühere Konfliktlinien schienen endgültig der Vergangenheit anzugehören.

Die Zukunftsgewissheit und optimistische Stimmung erreichte am Ende der 1990er Jahre einen Höhepunkt mit dem 150. Jahrestag der Revolution. 1848 war zu einem „zentralen Bestandteil der Geschichtskultur“ des vereinigten Deutschland geworden, bundesweit mit dem Schwerpunkt auf dem parlamentarischen Handeln des 18. Mai, regional, besonders im Südwesten, auch mit deutlichem Akzent auf der revolutionären Aktion.⁶¹ Erstmals richteten die Liberalen 1998 eine eigene repräsentative Feier in der Paulskirche aus mit Parlamentariern und Repräsentanten des europäischen Liberalismus.⁶² Man sah sich als rechtmäßiger Erbe der Ideen von 1848 und verband damit eine künftige europäische Verpflichtung. Das Festprogramm spiegelte in Reden, Liedern und Musik die neue Perspektive wider und ließ keine Phase der Revolution aus, weder Kampf und Exil noch freiheitliche Identität.⁶³ Die Liberalen unterstrichen damit, so der Bericht der Veranstalter, „daß sie wohl als erste beanspruchen können, sich in der Nachfolge der ‚48er‘ zu sehen“.⁶⁴ Sicher nicht ohne aktuellen Bezug wurde das Scheitern der Revolution auf die politische Radikalisierung durch die

61 Wettengel: Erinnerung (wie Anm. 3), S. 56 (Zitat), 76–80. Vgl. für das Gedenken 1998 Tobias Hirschmüller: Von der Barrikade ins Parlament. Die Pazifizierung der Revolution 1848/49 im westdeutschen Geschichtsbild nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Christina Bröker u.a. (Hrsg.): Wissen im Mythos? Die Mythisierung von Personen, Institutionen und Ereignissen sowie deren Wahrnehmung im wissenschaftlichen Diskurs. München 2018, S. 249–288, bes. S. 261–275.

62 Friedrich-Naumann-Stiftung: 150 Jahre liberale Revolution in Europa. Festveranstaltung am 6. Mai 1998 in der Paulskirche zu Frankfurt am Main. Programm und Liedtexte, ADL, D01–03587.

63 Beispiele: „Von der freien Republik“, „Heckerlied“, „Wir wandern nach Amerika“ und in mutigem Zeitsprung „Die Gedanken sind frei“, s. ebd.

64 So der Eigenbericht der Veranstalter von Jürgen Frölich, ebd., S. 1 f. (auch für das nächste Zitat).

Extreme von rechts und links zurückgeführt, wobei „die liberale Mitte allmählich zerrieben worden“ sei. Der Festredner, der Historiker Wolfgang J. Mommsen, verdeutlichte die geschichtspolitische Funktion der Gedenkveranstaltung: „Heute ist das große Ideal der Liberalen und der Demokraten des Vormärz, die Schaffung eines friedlichen Europas freiheitlich verfasster Nationalstaaten, in greifbare Nähe gerückt [...]“. Zugleich wies er die Richtung der zukünftigen Aufgaben, denn – so der Ausklang der Rede – „an der Peripherie Europas“ seien „die Schatten der nationalistischen Rivalitäten aus der Vergangenheit noch nicht gänzlich verschwunden“.⁶⁵ Die Spannung von *Barrikade* und *Paulskirche*, das fast 150 Jahre währende Hadern der Liberalen mit Deutung und Gedenken der Revolution schien beendet: „Die Idee der Freiheit“, freute sich Otto Graf Lambsdorff in seiner letzten Bundestagsrede Ende Mai 1998, sei „ein für alle Mal in deutsche politische Tradition eingeflossen.“⁶⁶

Und heute, 25 Jahre später? Die gesamteuropäische, beim Gedenken 1998 spürbare Aufbruchstimmung der Liberalen scheint verflogen. Ein kursorischer Blick auf die liberalen Gedenkveranstaltungen 2023 zeigt, dass weit überwiegend auf die Verfassungsfragen und die Paulskirche fokussiert wurde.⁶⁷ Demgegenüber betonten die generellen bundesdeutschen Revolutionsfeiern insgesamt weniger die Nationalversammlung und parlamentarischen Aushandlungsprozesse, als vielmehr Kampf und Protest gegen die Obrigkeit, im Zentrum standen der revolutionäre Akt und die Selbstermächtigung der Menschen.⁶⁸ Dies könnte den Rückschluss zulassen, dass sich die liberalen Hoffnungen der Revolution nach mehr als 175 Jahren erfüllt haben, die radikal-demokratischen dagegen deutlich weniger. Zudem scheint es bei diesem Zielkonflikt nicht mehr nur um einen akademischen Disput über den „18. März“ oder „18. Mai“ zu gehen, sondern um grundsätzliche Legitimationsfragen des politischen Systems der Bundesrepublik, die über einen „Griff nach der Deutungsmacht“ entschieden werden sol-

65 Vortrag liegt gedruckt vor: Wolfgang J. Mommsen: Die Revolution von 1848/49 und der Liberalismus. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 181–198, Zitate S. 198.

66 Otto Graf Lambsdorff: Das Erbe von 1848. Rede am 27.5.1998, anlässlich der Aussprache des Deutschen Bundestages zu 150 Jahre Verfassungsgebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. In: ADL, 1998/00374.

67 Vgl. exemplarisch den Beitrag von Anne C. Nagel in diesem Band.

68 In Berlin wurde beispielsweise zum interaktiven Barrikadenbau aufgerufen, um immersiv der Revolution nachzuspüren. S. „175 Jahre Revolution 1848/49: Auf den Barrikaden! Berliner Wochenende für die Demokratie“, 18./19. März 2023. <<https://kulturprojekte.berlin/projekte/175-jahre-maerzrevolution/>> (10.6.2024). Vgl. die pointierte Auseinandersetzung mit dieser Deutung bei Ewald Grothe: Die Fackel soll auch in unsere Zeit getragen werden. Der verspätete Jubel über die Flamme der Freiheit hat eine antiparlamentarische Pointe. Zur Neubewertung der Revolution von 1848. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.3.2024.

len.⁶⁹ Den aktuellen wissenschaftlichen Stand der historischen Forschung zur Rolle der Liberalen in der Revolution 1848/49 hat am Ende des Jubiläumsjahres eine Tagung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main resümiert.⁷⁰

5. Resümee

Die *liberale Erinnerungskultur* in den mehr als 175 Jahren seit 1848 hing, so lässt sich zusammenfassen, in starkem Maß von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen ab, vor allem der Regierungs- oder Oppositionsfunktion im politischen System, der Einheit oder Spaltung der Nation. Der aktive Bezug auf 1848 war dann besonders ausgeprägt, wenn den Liberalen von politischen Gegnern die Berechtigung des Erbes bestritten wurde – im Kaiserreich vor allem von der Sozialdemokratie und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vom ideologischen Gegner, der DDR. Jenseits davon diente die Diskussion über 1848 in erster Linie der Positionierung in der liberalen Bewegung. Einen dauerhaften, fest definierten Erinnerungsort der Revolution, gar einen Kult um 1848 oder ein Mythos mit formativer Kraft bildete das Revolutionsgedenken der Liberalen – anders als beispielsweise das der Sozialdemokratie – bis zur deutschen Vereinigung nicht aus. Dies heißt aber keineswegs, dass der Rekurs auf 1848 nicht das Selbstbild der Liberalen erheblich beeinflusst hätte. Nur konnte der Blick zurück zeitlich und politisch sehr unterschiedlich ausfallen; gab es eine Kontinuität im kollektiven Gedächtnis, bezog sich diese am ehesten auf die Selbstbestimmung der Nation und die parlamentarische Verfassung. Fragen der Partizipation, von Protest und prinzipieller Volkssouveränität traten dahinter zurück.

Der chronologische Überblick belegt den Wandel des kollektiven Gedächtnisses und die geschichtspolitische Funktionalisierung des Revolutionsgedenkens im Liberalismus. Die Selbstverständigung von Gruppen formiere sich, so M. Rainer Lepsius, „immer auch in Bezug auf historische Ereignisse, die dabei verformt, heroisiert oder sakralisiert werden, soll doch

69 In diese Richtung einer expliziten Infragestellung der bundesdeutschen Demokratie zielte jedenfalls die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung: „Ist die heutige BRD der legitime Erbe von 1848?“. Podiumsdiskussion 25.3.2023, <<https://www.youtube.com/watch?v=mZ6AGaEvGOU>> (10.6.2024).

70 Eine Kooperation der Frankfurter Universität mit dem Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung am 16./17.11.2023, aus dem die in diesem Band zum Schwerpunktthema publizierten Beiträge hervorgegangen sind.

aus ihnen ein positiver kollektiver Selbstwert entstehen“.⁷¹ Ein Konsens im Gedenken, das sich über lange Zeit als ein Auf und Ab darstellte, prägte sich bei den Liberalen erst nach 1989/90 aus, als die Sprengkraft von zuvor unerfüllten Forderungen nachließ, die Einheit unbestritten und die Freiheit liberal und demokratisch gesichert war. Damit waren die entscheidenden Konfliktpunkte der 48er-Revolution erstmals tatsächlich historisiert, ein Einvernehmen erreicht, das auch weit über den politischen Liberalismus hinauswies. Erst jetzt spiegelte 1848 nicht mehr die eigene liberale Zerrissenheit, sondern wurde zu einem verbindenden Erinnerungsort.

71 M. Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘. In: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Göttingen 1993, S. 229, hier zit. nach Wolfrum: Die Revolution (wie Anm. 58), S. 300.

